

Qualifikationsbedarf der Zukunft: Bitte Konkretes! Und nur Konkretes!

Veranstaltung der AK Wien im Bildungszentrum am 14. 1. 2015

Mag. Melitta Aschauer-Nagl, Bereichsleitung Bildung der AK Wien, bezeichnet in ihren Eröffnungsworten die Themen Qualität – Finanzierung – Chancengleichheit als magisches Dreieck.

Dr. Julia Bock-Schappelwein (WIFO) und **Dr. Lorenz Lassnig** (IHS) präsentieren die Ergebnisse einer Studie zum Qualifikationsbedarf der Zukunft¹.

Die Studie hat drei Schwerpunkte:

- Prognosen zum Qualitätsbedarf und -angebot aus internationaler und nationaler Sicht
- Qualitätsstruktur der Arbeitskräfte in Österreich (status quo, Wandel, Ersatzbedarf)
- Analyse zur Demographie

Ziel der Studie ist es einerseits eine Faktenlage darzustellen, andererseits die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und die Bildungssysteme zu benennen.

Grundsätzlich gibt es einen steigenden Qualifikationsbedarf in allen Berufen und Tätigkeiten, es verändern sich die Qualifikationsanforderungen innerhalb der Berufe besonders stark. Der Bedarf an weiterführenden Qualifikationen steigt, es gibt aber auch Beschäftigungszuwächse am unteren Ende des Qualifikationsbereichs, vor allem bei den Dienstleistungen. Im mittleren Bereich waren die geringsten Verschiebungen festzustellen.

Beschäftigung und Qualifikation stehen oft nicht im Einklang. 17% sind für ihre Tätigkeit überqualifiziert, 27% unterqualifiziert. Die Gründe sind vielschichtig. Bei der Unterqualifikation liegen sie an technischen Veränderungen und beruhen auf non formal erworbenen Fähigkeiten, bei der Überqualifikation daran, dass die Ausbildung wegen mangelnder sozialer Kompetenzen oder fehlender Sprachkompetenzen nicht verwertbar ist oder weil im Ausland erworbene Qualifikationen nicht anerkannt werden.

Lassnig kritisiert, dass die Politik die demographischen Veränderungen in Österreich lange vernachlässigt habe. Der Rückgang der Schülerzahlen zwischen 1970 und 2010 wurde erst sehr spät bemerkt, ebenso der 1980 beginnende Alterungsprozess der Bevölkerung. Es gibt eine starke Steigerung der Altersgruppe von 75+ und eine Steigerung bei den 60 – 74jährigen, der Rückgang bei der mittleren Altersgruppe (35 – 44jährige) macht sich im Fachkräftemangel bemerkbar. Erst seit Kurzem befinden sich die mittleren Jahrgänge wieder im Aufwind.

Der Wettbewerb um die Jugendlichen beginnt bereits in der Schule. Sollen die 15 bis 19jährigen u arbeiten beginnen oder studieren? Da wird es gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen geben, meint **Lassnig**. Derzeit könne der Arbeitsmarkt immer weniger auf die älteren Arbeitskräfte verzichten. Bei den Frauen zwischen 30 und 45 Jahren stehen zu wenige im Arbeitsprozess, was mit der Vereinbarung von Familie und Beruf zusammenhänge.

Eine bildungspolitische Hauptfrage sieht **Lassnig** im Bereich Migration und Bildung und fordert eine qualifikations- und kompetenzorientierte Integrationspolitik.

Die Anforderungen an die Erwachsenenbildung werden stark ansteigen. Weiterbildung, Lebenslanges Lernen und eine lernfreundliche Arbeitsumgebung spielen für alle Beschäftigungsgruppen eine große Rolle.

Bei der Finanzierung muss es zu einer Abstimmung der Mittel für formale Höherqualifizierung und dem „Richtigen Mix“ kommen.

Die Mittel für die Bildungsausgaben werden nicht steigen sondern im Verhältnis sinken, auch eine Verwaltungsreform würde nicht genug Geld für Umschichtungen bringen. Offensivausgaben müssen von den laufenden Mitteln rekrutiert werden, sie machen 600 Mill.€ aus.

In der anschließenden **Diskussion** geht es um die Möglichkeit der Bildung für sogenannte „unbildbare Menschen“, die 25-35% der Bevölkerung ausmachen sollen und um die Diskrepanz zwischen

¹ http://wien.arbeiterkammer.at/service/veranstaltungen/rueckblicke/Kurzfassung_Studie_Qualifikationsbedarf.pdf
http://wien.arbeiterkammer.at/service/veranstaltungen/rueckblicke/Langfassung_Studie_Qualifikationsbedarf.pdf

der Bewertung der Kronenzeitung, dass die Migrant/innen „alle dumm wären“ und den Aussagen von der Kinderuni, dass Kinder mit Migrationshintergrund besonders interessiert wären.

Lassnig sieht sich nicht als Experte für diesen Bereich, verweist aber darauf, dass es früher auch viele Menschen in Österreich gab, die nicht gut lesen konnten. **Bock-Schappelwein** bestätigt die große Diskrepanz. Sektionschef **DI Dr. Christian Dorninger** vom BMBF spricht sich dafür aus die Gelegenheit zum Bildungszugang zu verbessern. Außerdem sei man bestrebt, die Anerkennung von Qualifikationen nicht mehr nur den Berufsverbänden zu überlassen. Das Wissenschaftsministerium arbeite bereits an einer Veränderung.

WIFO Chef **Univ. Prof. Dr. Karl Aiginger** stellt 12 Thesen zum Thema „Prioritäten der Bildungspolitik in Zeiten knapper Budgets“ auf:

- Bildung ist zentral für Wachstum und individuelle Wohlfahrt
- Messlatte „Beyond GDP“: Arbeitsplatz- Gesundheitsrisiko sinkt bei gut Ausgebildeten
- Gesellschaftliche Erträge begründen staatliche Aufgabe
- Bei Quantität und Qualität ist die Aktualität entscheidend
- Probleme: Bildungsvererbung, Leseschwäche, Mismatch (Missverhältnis zwischen angebotenen und nachgefragten Ausbildungen)
- Schwerpunktsetzung bei Schuleingangsphase, indexbasierte Steuerung (Minimalgrößen für Schulen)
- Strukturwandel, Motoren der Wettbewerbsfähigkeit
- Strategische Konsolidierung statt Rasenmäher bei Einsparungen
- Schulautonomie gebettet in Zielvorgaben und Kontrolle
- Warnsignale für Wirtschaftsstandort Österreich beachten
- Bildung ist noch zentraler in der Neuen Welt nach der Wirtschaftskrise
- Neue Visionen sind nötig: EU (WWW for Europe), Österreich 2025

Aiginger gibt sich optimistisch, dass die Politiker wüssten was zu tun sei, aber auch ihm gehe es zu langsam. Das Bildungsbudget müsste jährlich um 5% erhöht werden. Auf die Wortmeldungen, dass Evaluierungen, die nicht genehm seien geheim gehalten werden und es daher zu keiner Exzellenzstrategie kommen könne und dass mehr Geld nicht automatisch mehr Qualität bedeuten müsse, antwortet er, dass Kontrolle selbstverständlich transparent sein müsse und dass man bei allen Tätigkeiten Schritt für Schritt vorgehen solle.

Für **Univ. Prof. Dr. Christian Keuschnig** (IHS bis Ende 2014, jetzt Univ. St. Gallen) sind die Herausforderungen der nächsten Jahre sehr groß, durch das Drängen von China und Indien auf die Märkte werde es zu einem gewaltigen Strukturwandel kommen. „Innovation kann nur mit Bildung gelingen“. Im Kindergarten müsse angesetzt werden, hier könnten auch die Talente der Kinder aus bildungsfernen Schichten gefördert werden. Erfolge zeigen sich aber erst zehn Jahre später. Derzeit gebe Österreich im internationalen Vergleich viel Geld aus, habe aber zu wenig positive Ergebnisse. Zu viele Menschen kämen bei uns mit mangelnden Qualifikationen auf den Arbeitsmarkt. Investition in Bildung bedeute, später nicht auf den Sozialstaat angewiesen zu sein. „Der beste Sozialstaat ist der, der Sicherheit gewährt, aber nicht in Anspruch genommen wird“. Universitäten und Grundlagenforschung seien in Österreich stark unterfinanziert. In Zürich werden 67 000 € pro Studierenden ausgegeben, an der TU Wien 11 000 €. Die Schweiz steigern die Bildungsausgaben jährlich um 7 – 8%.

Im Pflichtschulbereich müssten die Mittel effizienter eingesetzt werden, vielleicht wäre eine Trennung erst nach der Sekundarstufe 1 besser. Die Sek. 2 ist nach Meinung von **Keuschnig** in Österreich erfolgreich, die Allgemeinbildung werde gut vermittelt. Im tertiären Bereich, zu dem unbedingt der Zugang zur Grundlagenforschung zu zählen sei, müsse mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Auch Verbesserungen, die sofort in Angriff genommen werden, würden ihre Auswirkungen erst nach einiger Zeit haben. Darauf müsse die Politik warten können, die finanzpolitische Herausforderung sei aber groß.

Für **Mag. Aschauer-Nagl** stehen vier Themen im Vordergrund:

- Wie kann erreicht werden, dass alle einen Pflichtschulabschluss erhalten?
- Ganztagschule
- Soziale Finanzierung: eine VS-Klasse in Wien Favoriten hat sicher 25 Kinder mit vielen unterschiedlichen Bedürfnissen, in NÖ gebe es keine VS Klasse mit mehr als 15 Kindern.
- Ausbau der Fachhochschulen: dort seien auch die Jugendlichen mit nicht traditioneller Matura zu finden

Dr. Alfred Freundlinger, stv. Abteilungsleiter für Bildungspolitik in der Wirtschaftskammer, nennt neun wichtige Punkte:

- Investition in frühe Bildung lohnt sich (2. Kindergartenjahr, Aus- und Weiterbildung der Kindergartenpädagoginnen, bessere Abstimmung beim Übergang zur Schule)
- Pflichtschulbereich: Fokussierung auf Grundkompetenzen
- Massive Verstärkung der Berufsorientierung in der Schule
- Ausbau der ganztägigen Schulformen in verschränkter Form um Bildungsvererbung entgegen zu treten
- Begabungs- und Talentförderung
- Einsparungen bei der Schulverwaltung
- Bildungsfundamente der Sozialpartner zur Sek 2
- Ausbau der Fachhochschulen, Erhöhung der Absolventenzahlen an den Universitäten
- Kostenfreies Nachholen von Bildungsabschlüssen

Auf die Frage von Moderatorin **Karin Bauer** (Standard), wo es „quick wins“ geben könnte, meint **Freundlinger**, dass es gelte eine Aufbruchsstimmung zu schaffen und zu nützen. Da er die Eingangstest bei Lehramtsstudierenden als skandalös bezeichnet, ergibt sich eine Diskussion zu Studieneingangsprüfungen. **Aschauer-Nagl** befürchtet, dass sozial Benachteiligte auch hier benachteiligt wären, **Keuschnig** meint, dass nicht jeder für jedes Studium passe, Mismatch gebe es auch auf der Universität. Von einer **Teilnehmerin** wird das Universitätsgesetz als „großer Murks“ bezeichnet. Durch die Ausgliederung der Universitäten ergab sich ein großes finanzielles Problem aufgrund des Zustands der Gebäude. Die Situation sei katastrophal. Ein **Teilnehmer** meint, dass er sich von der Veranstaltung erwartet hätte, dass konkret beantwortet werde, was in Zukunft gebraucht werde. Außerdem teilt er die demographischen Prognosen nicht. Ein anderer **Teilnehmer** lobt die Erwachsenenbildung, dort könne „Hans noch das nachholen, was Hänschen nicht gelernt habe“. Außerdem könne man nur zwischen 1 – 5% von dem brauchen, was man in der Schule lerne. **Keuschnig** erwidert, dass der Erfolg von der Basisbildung abhängt. **Freundlinger** appelliert mehr Mut zu haben. Oft stünden Einzelinteressen einem Fortschritt entgegen. **Keuschnig** spricht sich für innovationsgetriebenes Wachstum und mehr Flexibilität aus, Qualifikationsprognosen seien immer schwierig. **Lassnig** spricht den Konflikt zwischen Wien und den Bundesländern an. Wien müsste im Verhältnis mehr bekommen als die Länder, aber da würden sich diese querlegen. **Aschauer-Nagl** verspricht eine Fortsetzung der Diskussion zu „Was haben wir, was wollen wir, was kostet es?“ Offensivmaßnahmen sollten außer Streit stehen.

Dr. Christine Krawarik